

Mitteldeutsche Zeitung

168. Jahrgang

Merseburger Zeitung

Belegpreise auch die Post RM 2.40 ohne Befragte nach dem RM 2. frei
Sonstige Belegpreise: Einzelhefte RM 0.10 (Sonntags), 0.20 (Sonntags), 0.30 (Sonntags)
Abbestellen: Einzelhefte RM 0.10 (Sonntags), 0.20 (Sonntags), 0.30 (Sonntags)

Preisblatt

Merseburger Kurier

Belegpreise für den 4. geprüften Millimeterzettel 10 Pf., ein A4-Zettel
(einseitig) 30 Pf., ein A4-Zettel mit 2.000 Zeichen 30 Pf., Familienkreuz
einseitig, Rabatt nach Tarif. Postbelegpreis Zeitung 100 Stk. Sonntags 100 Stk.

Mit den amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landkreises Merseburg.

Dienstausgabe

Merseburg, den 13. November 1928

Nummer 268

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Neues in Kürze.



Rumäniens neuer Ministerpräsident, der Führer der Bauernpartei, Maniu.

Das Schicksal wird gemeldet: Die bulgarische demokratische Konstitution ist in Europa und Ostasien im Rüstungsgebiet Veranlassung ab. Abgeordneter Prechodnik erklärte, nach dem Verbot in der Europäischen Union eine Rede machen darf sein, daß die kroatianischen Abgeordneten nochmals die Europäischen Vertreter, höchstens noch einmal, um über die Selbständigkeit des kroatianischen Volkes zu beschließen.

Der französische Außenminister Benoit bereitet die Gründung eines groß angelegten Konzerns für Mitteleuropa und den Balkan mit der Kontrolle in Wien vor zum Zweck, österreichische Zeitungen gegenüber der Außenpolitik der Diktatorstaaten zu beeinflussen. Da Benoit ein getreuer Diener Frankreichs und Polens ist, verdienen diese Pläne größte Beachtung als ernste Gefahr für den Anschlußgebanten.

Aus Mainz wird gemeldet: Den Dörfelstabskapitän begannen die Franzosen mit einem Freundschaftsbesuch in der französischen Batterie, das mehrmals am Tage wiederholt wurde. Die militärischen Besuche sind mit französischen Plänen über die Westfront verbunden. Die französische Armee am Sonntagabend durchzog eine Afschlag der Armee die Stadt, Militärposten an der Spitze.

Die französische Regierung beschäftigt alsbald einen zweiten Aufruf zur Uferung von 15 Millionen Gasmaske zum Schutz der Bevölkerung gegen feindliche Gasanfälle zu erteilen. Die im Laufe dieses Jahres angefertigten Gasmasken sollen bereits an vielen Orten verteilt sein.

Das Pariser „Journal“ meldet: Poincaré erste Worte bei dem Freispruch waren: „Ich kenne keine Veränderung meiner Politik. Ich kenne nur eine einzige Politik, die der Größe, der Wohlfahrt und der Ehre Frankreichs.“

Das „Echo de Paris“ teilt schwere Meinungsverschiedenheiten in der sozialistischen Partei an gegen die Absicht der Parteileitung, weiter in Kampfformen zum Rabinet Poincaré zu bleiben. In der sozialistischen Partei wurde es zu zahlreichen Austritten von Christen gekommen, besonders in der ehemaligen Kreiszone.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, daß im neuen Etat 5 Millionen Schilling für Ausbau des Anstaltswesens als erste Rate einbezahlt seien. Die Verhandlungen mit der deutschen Regierung werden aber erst nach Annahme des Etats im Unterhaus beginnen können.

Aman-Ullah von Afghanistan verweist sich gegen den von dem Schaham erhobenen Vorwurf, daß seine Flotte nach Europa zu teuer und die Ausgabe an 15 000 Pfund Sterling höchst überflüssig gewesen sei, mit dem Hinweis, daß dies nicht der Fall sei, da allein der Wert der erhaltenen Geschäfte 4,5 Millionen Pfund Sterling betrage. — Ein geschäftstüchtiger Monarch.

Der Eisenindustrieschiedspruch rechtswidrig.

Entscheidung des Arbeitsgerichts Duisburg.

Aus Duisburg wird gemeldet: In der gestrigen Verhandlung über die Streitklage des Arbeitgeberverbandes der nordrheinischen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie gab das Arbeitsgericht Duisburg dem Arbeitgeber in materieller, wie in formaler Beziehung Recht und verurteilte folgenden Spruch:

Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des gefällten Schiedspruches vom 26. Oktober nicht besteht. Die Kosten des Verfahrens, die 500 Mark betragen, nachdem als Verlobter eine Million eingeklagt worden war, haben die Beklagten zu tragen.

Der Vorsitzende des Arbeitsgerichtes erklärte, daß die ausführliche Begründung des Urteils den Parteien noch ausgehändigt werden würde. Nach der reifen formellen Seite hinüber über die Zulässigkeit der Streitklage keine Bedenken. Die beklagten Arbeitgeberverbände hätten für sich mangelnde Parteilegitimation eingewandt. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß die beklagten Arbeitgeber organisatorisch eine gewisse Selbständigkeit besäßen, doch ein Teil der großen Zentralverbände seien. Das Gericht hat daher zu einem Urteil kommen können, nachdem die Parteien sich mit der Verhandlung einverstanden erklärten.

Materiell ist das Gericht der Ansicht, daß die Streitklage begründet sei. Es war auch der Ansicht, daß für ein Schiedspruch ein Tarifvertrag vorliegen mußte, weil es in einem laufenden Tarifvertrag eingreift. Es stellt ferner

fest, daß auch in formaler Hinsicht ein Mangel des Schiedspruches vorliegt. Mit dieser Entscheidung erster Instanz werden die Gewerkschaften sich schwerlich zufriedengeben, vielmehr dürfte der Rechtsstreit bis zum Reichsarbeitsgericht gehen, sofern nicht vorher eine Einigung der Parteien zu erzielen ist.

Verständigungsbereitschaft beider Parteien.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärt der Duisburger Kreisvorsitzende Bergmann (Soz.), daß die Parteien bereits zugestimmt haben, an der von ihm angeregten Aussprache teilzunehmen. Auf die Frage, in welchen Bahnen sich diese von ihm unternommene Vermittlungsaktion bewegen werde, antwortete der Kreisvorsitzende, daß er aus Zweckmäßigkeitsgründen es nicht für ratsam halte, schon jetzt Mitteilungen über seine Verhandlungsbereitschaft zu machen, bevor seine Sondierungen bei den Parteien Möglichkeiten für eine Verständigungsbasis ergeben hätten. Er betonte, daß er sich lediglich aus Gründen des Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Bevölkerung seines Kreisverbandes und gegenüber der Gesamtverwaltung zu seiner Vermittlungsaktion entschlossen habe. Die Entwicklung in seinem Kreisverband mit aktuell 14000 Ausgesperrten würde bei längerer Dauer des letzten Kampfes zur Katastrophe führen.

Zahlungsunfähigkeit der Sowjethandelsvertretung?

Die Bauernrevolte.

Aus Berlin wird gemeldet: Eigenartige Gerüchte gehen um über die Finanzlage Sowjetrusslands, noch seltsamere über die russische Handelsvertretung in Berlin. Ein Pariser Agentenbericht über die Verhandlungen des russischen Volkskommissars Titunowitsch mit dem Vorgesetzten des Reiches seien richtige Originalnachrichten der Handelsvertretung und der Bruder Titunowitsch nehme die Verhandlungen nur an sich, weil er mit der Sowjetregierung unter einer Decke stehe.

Der Bruder Titunowitsch wohnt seit Freitag in der Sowjetbotschaft in Berlin.

Die Gerüchte gehen letztes Abend heraus, daß die Sowjetregierung die 25 Mill. Fr. Wechselbeträge nicht zahlen will oder nicht zahlen kann.

Die Londoner „Times“ meldet aus Stockholm, daß seitens der schwedischen Industriellen beschloffen worden sei, nach Sowjetrussland nur noch Gas zu transportieren. Die russischen Schiffsreisen der letzten Zeit hätten zu dieser Stellungnahme Veranlassung gegeben.

Jehnjahresfeier in Oesterreich.

Wieder keine Anschließungsgebungen.

Am österreichischen Nationalrat gedachte gestern zur Jahrestagung der österreichischen Republik der Präsident des Nationalrates, Miklas, der Räte und Erfolge des neuen Staatswesens. Er erinnerte dabei, wie Oesterreich durch den Friedensvertrag gewonnen wurde, den er als den Grundstein des neuen Staates ansetzte. Die deutschösterreichischen Angelegenheiten der letzten Zeit hätten zu dieser Stellungnahme Veranlassung gegeben.

Der Bundespräsidenten fand ein offizieller Empfang in der Festhalle der Stadt Wien und sprach in vorläufiger Form die Hoffnung aus, daß dem österreichischen Volke künftig „das feierliche Selbstbestimmungsrecht“ zuerkannt werde, wobei er offen ließ, ob er dies auf die Anschließungsfrage bezog.

Der Bundeskanzler Seipel ging ausdrücklich auf die Außenpolitik ein:

„Die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen nach allen Seiten ist der Hauptaufgabe und Schwerpunkt der gegenwärtigen Politik Oesterreichs gewesen und wird es bleiben. Mit den übrigen Staaten Europas zusammen, allen voran mit dem Deutschen Reich, dessen Bewohner mit durch die Bande des Blutes, der Sprache und der Geschichte so innig verbunden sind, arbeiten wir gemeinsam an der Verringerung der Weiden, die unseren Erdteil bedrücken, und an dem Aus-

bau eines friedlichen Europas, dessen Zukunft uns alle angeht.“

Der Eisenkonflikt vor dem Reichstag.

Der Reichstag trat gestern zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Auslieferungssache (Soz.). Die Grundlage der Debatte bilden die Zentrumsverträge, die Gewerkschaften der Eisenindustrie an die Auslieferung der Arbeiter und die Unzulässigkeit von Streik und Aussperrung während der Geltung eines Tarifvertrages fordern, sowie der sozialdemokratische Antrag, nach dem die Auslieferung der Arbeiter ohne Unterstützung erhalten und die an der Aussperrung beteiligten Arbeiter zum Erlaß der Kosten herangezogen werden sollen.

Reichsarbeitsminister Wisell (Soz.)

steht eine Rede, die sich ganz auf den Standpunkt der Gewerkschaften stellte. Er erklärte: Das Duisburger Arbeitsgericht hat die Verbindlichkeitsverpflichtung des Arbeitgebers nicht rechtskräftig erklärt. Es ist zu erwarten, daß das Reichsarbeitsgericht anerkennen wird. Die Reichsliste ist also noch immer unklar.

Die Kündigung der Arbeiter seitens der einzelnen Arbeitgebergruppen am 13. Oktober, noch vor Beginn der letzten Schlichtungsverhandlungen, hat diese Verhandlungen außerordentlich behindert. Der Schlichter hat sich die Kündigung hinanzugleichen, um den in der Kündigung liegenden Druck von Schlichtungsverhandlungen zu nehmen. Diese Bemerkungen, die für die Arbeitergewerkschaften den Verlust bedeuteten, hätten nicht zu dem Erfolg geführt. Die Arbeitergewerkschaften und die Vermittlung des Schlichters ab im Interesse der Vermittlung weiterer Verhandlungen, die Arbeitszeitfrage mitzureden.

Am 20. Oktober lief die Arbeitszeitfrage zum Schiedspruch ab. Am 20. habe ich über die Verbindlichkeitsverpflichtung Verhandlungen geführt. Am 21. vormittags erfolgte die Verbindlichkeitsverpflichtung, die bis spätestens nachmittags drei Uhr in den Händen der Parteien war, also erhebliche Zeit vor dem Zeitpunkt, wo die Verhandlungen enden wurden. Die Verhandlungen werden gegen den Schlichter und den Arbeitsminister der Vorwurf erhoben werden, daß sie zu spät eingegriffen hätten. Ich habe im friedlichen Sinne schon vorher auf die Parteien eingewirkt, mich möglichst frühzeitig mit der Verhandlung nicht in Frage kommen konnte. Deshalb mußte der Schiedspruch gefällt werden.

Wir war bekannt, daß durch den Schiedspruch eine generelle Bekämpfung der Werte entstehen würde.

Aber in anderen Bereichen der Metallindustrie sind Röhre und Bestreife der Arbeitergewerkschaften günstiger als in der Gruppe Nordwest, auch nach Durchführung des unrichtigen Schiedspruches. Diese höheren Röhre sind sogar zum Teil frei vereinbart worden.

Die Entlassung konnte nur erfolgen, wenn am 1. November ein tariflicher Zustand vorlag. Die Röhre aber meiner Ansicht nach nicht eintraten. Die Reichsliste konnte durch die Arbeitsgerichte entschieden werden, während in den Betrieben eine weitere Arbeit eingeht wurde. Der Minister mußte dann die Rechtskraft des Schiedspruches zu begründen und fuhr fort:

Ich will die arbeitsgerichtliche Entscheidung der Reichsliste möglichst beschleunigen und auch die Revision des vom Arbeitsgericht Duisburg gefällten Urteils möglichst bald zu erreichen. Eine Vermittlung durch die Regierung kann bis zur Klärung der Rechtslage nicht in Frage kommen. Ich meine, daß ein rechtswidriger Tarifvertrag anzukündigen kommen ist und kann meine Hand nicht dazu hehlen, daß der rechtswidrige Tarif durch eine unredmierte Kampfhandlung einer Partei geändert wird.

Der Minister wies dann auf die schweren Folgen des Eisenkonflikts für die allgemeine Wirtschaft und für die Gemeindefinanzen hin und fuhr fort: Vor heißt es, daß die Unternehmer nicht so sehr die Revision des Schiedspruches, sondern eine Verständigung erreichen wollen. Wenn das zutrifft, so ist allerdings die Regierung vor die erste Frage gestellt, ob nicht ein geschlichteter Einzelfall möglich ist. Ich selbst halte eine solche Wendung

